

Eugen Gerstenmaier: Ein Politiker aus christlicher Überzeugung

Von Daniela Gniss

Der Name des 1906 im schwäbischen Kirchheim/Teck geborenen CDU-Politikers Eugen Gerstenmaier ist im Gedächtnis der Nachwelt untrennbar mit seinem Wirken als Bundestagspräsident verbunden.¹ Gerstenmaier prägte »wie kein anderer«² dieses protokollarisch zweithöchste Amt in der Bundesrepublik, das er rund 14 Jahre lang ausübte. Über sein Wirken als zweiter Mann im Staat hinaus gehörte der wortgewandte Gerstenmaier zu den einflussreichsten Politikern in der Union. Als stellvertretender Parteivorsitzender, Mitglied von Fraktionsvorstand, Parteivorstand und -präsidium zählte er zum inneren Führungszirkel der CDU/CSU. Gleichwohl bot seine ausgeprägte Individualität zahlreiche Angriffspunkte. Nach der Übernahme des Präsidentenamtes 1954 traten besonders mit der eigenen Partei Differenzen auf, die sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen parteipolitischem Engagement und Führung des zweithöchsten Staatsamtes ergaben.

Als zentrales Element in seinem parlamentarischen Wirken erwies sich das Verschmelzen von kirchlichem und politischem Engagement. Eine christliche Grundüberzeugung und seine Verankerung im Protestantismus formten Gerstenmaiers Wertesystem. Sein Werdegang und sein Handeln als Parlamentarier und Präsident des Bundestags werden nur vor diesem Hintergrund nachvollziehbar.

Von der Theologie zur Politik

Der Weg in die Politik war für Eugen Gerstenmaier, das älteste von acht Kindern einer nordwürttembergischen Handwerkerfamilie, nicht vorgezeichnet. Aus wirtschaftlichen Gründen war er zunächst gezwungen, eine Kaufmannslehre zu beginnen. Diese sichere Existenz gab er 1929 auf, um wieder auf die Schulbank zurückzukehren und sich die Ausgangsbasis für ein Studium zu

1 Im Mittelpunkt dieses Aufsatzes steht die Analyse der parlamentarischen Arbeit Gerstenmaiers nach 1945. Die Darstellung seines Lebenswegs vor Einzug in den Deutschen Bundestag wurde nur insoweit einbezogen, wie sie für seine spätere Tätigkeit als Politiker relevant war. Vgl. Matthias STICKLER, Art. *Gerstenmaier*, in: *Lexikon der Christlichen Demokratie*, hg. v. Winfried BECKER u. a., Paderborn 2002, S. 247ff.

2 *Die Zeit* vom 29. Mai 1981.

schaffen.³ Der junge Kirchheimer hatte in einer Zeit der wirtschaftlichen und politischen Instabilität den Mut, einen Neubeginn zu wagen.

An der Rostocker Universität, an der Gerstenmaier ein Theologiestudium absolvierte, ragte er nicht nur durch seine guten Studienleistungen, sondern auch wegen seines Engagements in der Studentenschaft heraus. Aufgrund seiner starken Bindung an die evangelische Kirche geriet er frühzeitig in Konflikt mit den nationalsozialistischen Machthabern, da er sich für die Aufrechterhaltung der kirchlichen Autonomie einsetzte.⁴ Die Einleitung eines universitären Disziplinarverfahrens gegen den Theologiestudenten war die Konsequenz dieses Aufbegehrens. Eugen Gerstenmaier wurde zwar vom Vorwurf der Verfehlung gegen Ordnung und Sitte des akademischen Lebens freigesprochen, jedoch war er seit diesem Vorfall in den Augen der Nationalsozialisten als potentieller Unruhestifter gebrandmarkt.

Doch trotz der öffentlich artikulierten Kritik und der sich hieraus ergebenden ernsthaften Konsequenzen war in dieser Phase bei Gerstenmaier noch keine Pauschalverurteilung des NS-Regimes feststellbar. Er wehrte sich im Herbst 1934 zwar gegen die Beschneidung kirchlicher Entscheidungsbefugnisse durch die braunen Machthaber, doch blieb seine Studienzeit nicht völlig frei von der Bereitschaft zur Konformität, wie seine Beitrittsanträge für SA⁵ und NSDAP⁶ belegen. Die Hinwendung Gerstenmaiers zur Opposition verlief vielmehr in Form eines graduellen Prozesses. Der Bogen spannte sich von einer

3 Bis zum Alter von 14 Jahren besuchte Gerstenmaier die Kirchheimer Realschule. Er begann im Anschluss daran eine kaufmännische Ausbildung in seiner Heimatstadt. Die inflationäre Entwicklung in Deutschland zu Beginn der zwanziger Jahre und die damit einhergehende angespannte finanzielle Lage der Familie hatten es ihm nicht erlaubt, ein Gymnasium zu besuchen. Erst im Alter von 23 Jahren war es Gerstenmaier möglich, die Hochschulreife nachzuholen, um das von ihm angestrebte Theologiestudium zu beginnen. Nach Ablegung des Abiturs am Eberhard-Ludwig-Gymnasium in Stuttgart nahm er 1931 das Studium in Tübingen auf und wechselte nach zwei Semestern an die Universität Rostock.

4 Gerstenmaier hatte im November 1934 federführend bei der Abfassung eines Protestschreibens gegen die Einsetzung des Reichsbischofs Ludwig Müller mitgewirkt. Vgl. Schreiben der Rostocker und Erlanger evangelischen Theologiestudenten an Ludwig Müller vom 23. November 1934, Bundesarchiv (BA), N 1266/1624. Im Streit um die Besetzung des Reichsbischofsamtes wurden die nationalsozialistischen Expansionsbestrebungen auf kirchlichem Gebiet evident. Die Auseinandersetzung zwischen dem vom Kirchenausschuss favorisierten Friedrich von Bodelschwingh und dem regimehörigen Pastor Müller um das Amt des Reichsbischofs hatte auch Gerstenmaier politisiert. Der Theologiestudent schlug sich in diesem Konflikt auf die Seite derer, die die massive staatliche Beeinflussung interner Entscheidungsprozesse der evangelischen Kirche ablehnten.

5 Gerstenmaier hatte im Verlauf des Wintersemesters 1933/34 um Aufnahme in die Rostocker Reiter-SA gebeten. Nach seiner Aussage war eine offizielle Aufnahme allerdings nie erfolgt: Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht*, Frankfurt/M. 1981, S. 42.

6 Aufgrund des wachsenden Druckes hatte Gerstenmaier im Sommer 1934 eingewilligt, der NSDAP beizutreten. Brief Gerstenmaiers an Hermann Brügelmann vom 2. Juni 1934, ACDP 01-210-005/1.

sehr kurzen Verdrängungsphase der dramatisch veränderten politischen Rahmenbedingungen über einen Zeitraum der »inneren Emigration«, die mit der Ablehnung von Teilaspekten des Nationalsozialismus einherging. Am Ende stand dann die bewusste Entscheidung, das Regime mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Der Übergang zwischen den beiden ersten Abschnitten verlief bei Gerstenmaier weitgehend fließend im ersten Jahrfünft der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft; seine Hinwendung zur politischen Opposition lässt sich indessen zeitlich konkreter einordnen. Als Anlass für die Entscheidung, den Nationalsozialismus zu bekämpfen, verwies Gerstenmaier, der nach Abschluss seines Studiums als Mitarbeiter in das Kirchliche Außenamt eingetreten war,⁷ auf den widerrechtlichen Einmarsch deutscher Truppen in die Tschechoslowakei im März 1939; dieser Schritt habe ihn endgültig vom Unrechtscharakter der Regierung überzeugt.⁸

Den Schritt zum aktiven Widerstand besiegelte Eugen Gerstenmaier schließlich durch seinen Anschluss an den Kreisauer Kreis 1942.⁹ Gemeinsam mit seinen oppositionellen Freunden erarbeitete er Konzepte einer christlich geprägten Staats- und Gesellschaftsordnung für die post-nationalsozialistische Zeit. Im Mittelpunkt der Neuordnungspläne stand die Wiederherstellung der Menschenrechte und die Verknüpfung von »christlicher Lebenshaltung mit der Lösung der sozialen Frage«¹⁰. Eine fundamentale Bedeutung kam hierbei der Herausstellung des christlichen Glaubens als Kern und unverzichtbarer Grundlage der Staatskonzeption zu¹¹; eine Maxime, die von Gerstenmaier uneinge-

7 Gerstenmaiers Tätigkeit in dem von Bischof Theodor Heckel geleiteten Kirchlichen Außenamt von 1936 bis 1944 wird ausführlich in der von der Autorin 2002 vorgelegten (noch unveröffentlichten) Dissertation dargestellt: Daniela Gniss, *Eugen Gerstenmaier. Eine politische Biografie*.

8 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 114 sowie Günter Gaus, *Zur Person. Porträts in Frage und Antwort*, München 1964, S. 126.

9 Die ersten Kontakte zum Kreisauer Kreis hatte Gerstenmaier in einem Gespräch mit Helmut James Graf Moltke Anfang Juni 1942 in Berlin geknüpft; vier Monate später nahm er erstmals an einem Treffen auf Gut Kreisau teil. Die Initiative zum ersten Gespräch war von Moltke ausgegangen, der sich durch Gerstenmaier die Herstellung des Kontakts zu Bischof Wurm erhoffte. Damit wollte der Widerstandskreis auf evangelischer Seite ein Pendant zur Verbindung mit der katholischen Kirche schaffen, die vor allem zum Bischof von Berlin, Konrad Graf Preysing bestand. Barbara VON HAEFTEN, *Nichts Schriftliches von Politik. Hans Bernd von Haeften. Ein Lebensbericht*, München 1997, S. 71.

10 Hans MOMMSEN, *Die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas aus Sicht des Kreisauer Kreises*, in: Peter STEINBACH/Johannes TUCHEL (Hg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Bonn 1994, S. 246–261, hier S. 258.

11 Deutlich wird dies in den ersten drei Sätzen der Erklärung: »Die Regierung des Deutschen Reiches sieht im Christentum die Grundlage für die sittliche und religiöse Erneuerung unseres Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau der europäischen Völkergemeinschaft. Der Ausgangspunkt liegt in der verpflichtenden Besinnung des Menschen auf die göttliche Ordnung, die sein inneres und äußeres Dasein trägt. Erst wenn es gelingt, diese Ordnung zum Maßstab der Beziehungen zwischen Menschen und

schränkt begrüßt wurde. Die Widerstandskämpfer betonten ferner die Notwendigkeit, Deutschland in ein politisch und wirtschaftlich geeintes Europa zu integrieren. Zwar erschienen einige Aspekte der erarbeiteten Entwürfe in der Retrospektive unausgereift,¹² doch prägten gerade die außenpolitischen Vorstellungen des Kreises das spätere parlamentarische Wirken Gerstenmaiers, wie besonders sein Einsatz für den europäischen Einigungsprozess unterstrich.

Gerstenmaiers konspirative Arbeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf die theoretische Befassung mit der Neuordnung eines vom Nationalsozialismus befreiten Landes. Er war davon überzeugt, dass es keine Alternative zur gewaltsamen Beseitigung des Diktators gab und der Kreisauer Kreis auch eine aktive Rolle bei der Vorbereitung eines Coup d'État zu spielen habe.¹³ Seine moralischen und religiösen Bedenken waren der Erkenntnis gewichen, dass die Ermordung Hitlers als unabdingbare Voraussetzung für den Sturz des Regimes und damit zur Verhinderung weiterer Verbrechen notwendig sei. Vor diesem Hintergrund unterstützte er Pläne eines gewaltsamen Vorgehens, wie sie von Claus Graf Schenck von Stauffenberg im Juli 1944 ausgeführt wurden. Gerstenmaier entschloss sich am Tag des Umsturzversuches sogar, das Hauptquartier der Verschwörer aufzusuchen und fand sich – als einziger Zivilist – am 20. Juli 1944 in der Bendlerstraße ein. Nach dem Scheitern des Putsches wurde er verhaftet und wegen Hochverrats angeklagt. Es gelang ihm jedoch, in der unter dem Vorsitz von Roland Freisler geführten Verhandlung des Volksgerichtshofes überzeugend die Rolle des weltfremden Theologen zu spielen, dem die Tragweite der in Kreisau erarbeiteten Umsturzpläne nicht bewusst gewesen sei.¹⁴ Im Gegensatz zur großen Mehrheit seiner Mitverschwö-

Völkern zu machen, kann die Zerrüttung unserer Zeit überwunden und ein echter Friedenszustand geschaffen werden.« Grundsätze für die Neuordnung vom 9. August 1943, S. 1. Eine Abschrift des Dokumentes findet sich in einer Zusammenstellung der Intentionen und Ergebnisse des Kreisauer Kreises von Freya Moltke und Marion Yorck vom 15. Oktober 1945, Anlage V, ACDP 01-210-009; gedr. in: Freya von MOLTKE/Michael BALFOUR/Julian FRISBY, *Helmuth James von Moltke 1907–1945, Anwalt der Zukunft*, Stuttgart 1975, S. 235.

12 Eugen Gerstenmaier selbst bezeichnete in seinen Memoiren beispielsweise die Pläne des Kreisauer Kreises zum Staatsaufbau als »originell«, aber nicht »durchführbar«. E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 161. Auch die Denkansätze zum wirtschaftlichen Aufbau des Landes beurteilte er später kritisch, wie er Marion Gräfin Yorck von Wartenburg in einem Schreiben vom 7. Juli 1967 mitteilte: »... wie halbgar mir insbesondere die Ideen unserer Betriebsgewerkschaft mit ihrem verschwommenen Eigentumsbegriff, der unklaren Betriebsbestimmung etc. schon lange erscheinen. Damals verstand ich es halt nicht besser. Keiner von uns kam aus der Wirtschaft. Überhaupt hatten wir anderes im Kopf«. ACDP 01-210-040/2.

13 Vgl. dazu: Eugen GERSTENMAIER, *Der Kreisauer Kreis. Zu dem Buch Gerrit van Roons »Neuordnung im Widerstand«*, in: VfZ 15 (1967), S. 221–246.

14 Die Verhandlung gegen die Mitglieder des Kreisauer Kreises wurde in zwei Gruppen unterteilt. Gerstenmaier hatte sich mit Helmuth von Moltke, Alfred Delp, den der Zorn Freislers in besonderem Maße traf, und den in losem Kontakt mit der Widerstandsgruppe

rer wurde er deshalb nicht zum Tode verurteilt, sondern erhielt eine siebenjährige Zuchthausstrafe.¹⁵ Zunächst in Tegel, dann in Bayreuth inhaftiert, wurde er im April 1945 durch die vorrückenden amerikanischen Truppen befreit.

Nach Kriegsende engagierte sich Gerstenmaier zunächst nicht parteipolitisch. Da im Nachkriegsdeutschland vor allem pragmatisches Handeln zur Linderung der größten Not erforderlich war, wandte er sich der karitativen Arbeit zu. Hilfeleistungen für das am Boden liegende Land waren in der Tat das Gebot der Stunde. Zwar war Deutschland von der Diktatur befreit worden, doch erst, nachdem die Waffen endlich schwiegen, offenbarte sich das ganze Ausmaß der Zerstörung. Gerstenmaier setzte sich deshalb energisch für die Errichtung eines kirchlichen Hilfswerks ein, um den Wiederaufbau voranzutreiben. Anlässlich der ersten Konferenz evangelischer Kirchenführer nach Kriegsende im August 1945 in Treysa trug er die Eckpunkte einer zu gründenden karitativen Einrichtung vor, die er gemeinsam mit Vertretern des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖKR) in Genf erarbeitet hatte. Besonderen Wert legte er darauf, den kirchlichen Beistand nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren. In diesem Sinne bezeichnete er das zu initiiierende Hilfswerk als »*Versuch, diese Selbsthilfe über den ganzen deutschen Volksboden hin in Gang zu bringen*«¹⁶. Diese Konzeption wurde ohne längere Aussprache von den Kirchenführern akzeptiert und Gerstenmaier mit der Leitungsaufgabe beauftragt.

Für die Abwicklung der administrativen Arbeit des Hilfswerks, dem die »*organisatorische Zusammenfassung der gesamten karitativen Aktivität der Evangelischen Kirche auf deutschem Boden*«¹⁷ oblag, wurde in Stuttgart ein Zentralbüro eingerichtet. Gerstenmaier selbst fasste seine Situation 1945 mit den Worten zusammen: »*Ich wurde zum Leiter des Hilfswerks bestellt. Den Segen der Kirche hatte ich. Sonst nichts.*«¹⁸ Er bemühte sich in der Anfangszeit deshalb vor allem um die Einwerbung von Spenden und die Distribution von

stehenden Franz Sperr, Josef Ernst Fugger von Glött und Franz Reisert in der vom 9. bis 11. Januar dauernden Hauptverhandlung zu verantworten.

- 15 Urteil des Volksgerichtshofes vom 11. Januar 1945. BA, N 1263/339, Bl. 70–73; *Spiegelbild einer Verschwörung*, hg. v. Hans-Adolf JACOBSEN, Stuttgart 1984, S. 704ff. Nicht nur Gerstenmaier fragte sich, warum der Volksgerichtshof dieses relativ milde Urteil ausgesprochen hatte, nachdem »weit weniger belastete Freunde« von Freisler in den Tod geschickt worden waren. Bericht Eugen Gerstenmaiers zum Umsturzversuch des 20. Juli 1944 in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 24. Juni 1945. Diese Frage wurde auch nach Beendigung des Krieges von Gegnern Gerstenmaiers immer wieder aufgeworfen.
- 16 Ausführungen Gerstenmaiers zum »Ausbau des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland«, in: Fritz SÖHLMANN (Hg.), *Treysa 1945. Die Konferenz der evangelischen Kirchenführer*, Lüneburg 1946, S. 83.
- 17 So Gerstenmaier in einer Mitteilung an die amerikanischen Alliierten am 27. September 1945. Gedr. in: Herbert KRIMM, *Quellen zur Geschichte der Diakonie*, Bd. 3, Stuttgart 1966, S. 196.
- 18 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 245.

Hilfsgütern. Seine Tätigkeit in den folgenden Jahren erfolgte nach Ansicht seiner innerkirchlichen Kritiker allerdings zu häufig nach dem Motto: Der Zweck heiligt die Mittel. Gerstenmaiers Hang zum Zentralismus und seine Bemühungen, eine Expansion des ursprünglich karitativen Aufgabenbereichs des Hilfswerks in den sozialpolitischen Sektor zu erreichen,¹⁹ erregten in der Kirche zunehmend Unmut.²⁰ Die Querelen um seine Person und seine Erkenntnis, in der EKD nicht mehr über ausreichende Gestaltungsmöglichkeiten zu verfügen, ließen ihn 1949 einen Wechsel in die Politik erwägen. Auch seine leitenden Mitarbeiter in Stuttgart bestärkten ihn darin, dass die als notwendig erachteten gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Fortsetzung der Hilfswerkarbeit durch sein politisches Engagement zügiger erreicht werden könnten. Sein schließlich Ende Juli 1949 gefasster Entschluss, die ihm von der nordwürttembergischen CDU angetragene Bundestagskandidatur anzunehmen, diente daher primär der Fortführung seines sozialpolitischen Engagements.²¹

Der Beginn der parlamentarischen Arbeit in Bonn

Der Einstieg Gerstenmaiers in die Politik war so wohl nur im Nachkriegsdeutschland möglich, als sich das Parlament besonders offen für Quer- und Seiteneinsteiger zeigte.²² Die Christdemokraten nahmen den politischen Neuling, der sich im Bundestagswahlkampf 1949 mit hauchdünnem Vorsprung gegen seinen liberalen Mitbewerber im bäuerlich geprägten Wahlkreis Backnang-Schwäbisch Hall durchgesetzt hatte,²³ gerne in ihre Reihen auf. Die CDU-Fraktion versuchte, sich die integrative Kraft Gerstenmaiers in mehreren

19 Die allgemeine Notlage veranlasste das Zentralbüro auch die Bereiche Wohnraum- und Arbeitsplatzbeschaffung aufzugreifen. Mit der Angliederung einer Siedlungsgesellschaft, eines Wirtschaftsbetriebs sowie eines evangelischen Verlagswerks wurde eine Ausdehnung des Hilfswerks erreicht, die weit über den eigentlich karitativen Charakter hinausging und eine Ausweitung des Organisationsapparats der Stuttgarter Zentrale nach sich zog.

20 Der von Gerstenmaier vorangetriebene Ausbau seiner Organisation ließ besonders die Innere Mission um ihren angestammten Platz auf dem Gebiet der kirchlichen Wohlfahrt bangen. Zu Querelen kam es in der Folgezeit auch mit den Landeskirchenleitungen, die einen größeren Spielraum für eigenverantwortliches Handeln einforderten, sowie mit der Kirchenkanzlei.

21 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 293f.

22 Zur Berufsstruktur der Bundestagsabgeordneten in der 1. Legislaturperiode vgl.: *Abgeordnete in Bund und Ländern. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1946–199*, bearb. v. Christian HANDSCHELL (Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, 12/1), Düsseldorf 2002, S. 250–253.

23 Eugen Gerstenmaier hatte im Wahlkreis 10 einen Vorsprung von nur 617 Stimmen gegenüber dem DVP-Kandidaten Georg Schuster erzielt. Statistische Zusammenstellung des *Murrta-Boten* v. 15. August 1949.

Bereichen zunutze zu machen. So diente der Leiter des Evangelischen Hilfswerks²⁴ aufgrund seiner karitativen Arbeit in besonderem Maße als Integrationsfigur für die Bevölkerungsgruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen. Zudem wurden seine starken kirchlichen Bindungen von der CDU als wertvoll erachtet. Gerstenmaiers Einzug in das Parlament erwies sich deshalb nicht nur bei der Erfüllung des von Konrad Adenauer sorgsam geachteten Konfessionsproporz innerhalb der Bundestagsfraktion als hilfreich. Der überregional bekannte Schwabe diente als protestantische Leitfigur und unterstrich das christdemokratische Bestreben, der evangelischen Wahlbevölkerung politische Heimat sein zu wollen. Aufgrund seiner langjährigen kirchlichen Arbeit fungierte der Theologe zudem als Vermittler zwischen Partei und EKD-Führungsspitze.²⁵

Über seine Rolle als Integrationsfigur hinaus trugen Gerstenmaiers rhetorische Fähigkeiten, verbunden mit der Tatsache, dass er als Verfolgter des Nationalsozialismus politisch unbelastet war, zu seinem raschen Aufstieg in der Fraktion bei. So wurde er bereits in der ersten Legislaturperiode stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. 1953 übernahm er als Nachfolger von Carlo Schmid sogar den Vorsitz dieses bedeutsamen Gremiums. Der Tätigkeit in diesem Ausschuss maß der schwäbische Abgeordnete in seiner politischen Arbeit besondere Bedeutung bei. Er engagierte sich ferner stark in der Europapolitik. Die Beschäftigung mit außenpolitischen Themen, insbesondere mit der europäischen Einigung und der Einbindung Deutschlands in die Völkergemeinschaft, waren wesentliche Anliegen, denen er sich seit seiner Mitarbeit im Kreisauer Kreis verbunden fühlte. Er war sich zudem bewusst, dass zahlreiche nationale Probleme, wie beispielsweise die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen, nur im internationalen Austausch gelöst werden konnten.²⁶ Er begrüßte vor diesem Hintergrund deshalb auch uneingeschränkt die im Juli 1950 erfolgte Aufnahme der Bundesrepublik in den Europarat.²⁷

24 Eugen Gerstenmaier übte noch bis Herbst 1951 parallel zu seiner Arbeit als Parlamentarier die Leitungsfunktion im Stuttgarter Zentralbüro des Hilfswerks aus.

25 Gerstenmaier verfügte zudem als Mitbegründer der Zeitschrift »Christ und Welt« seit Sommer 1948 über ein Standbein auf dem Zeitungsmarkt. Der Politiker war zwar nicht in die redaktionelle Bearbeitung des Blattes eingebunden, er verteidigte aber dessen protestantisch konservatives Profil und artikulierte mitunter in Artikeln seine politische Meinung. Der Einfluss der christlich geprägten Zeitung auf die öffentliche Meinung war Ende der vierziger und in den fünfziger Jahren durchaus beträchtlich. Vgl. Klaus MEHNERT, *Ein Deutscher in der Welt. Erinnerungen 1906–1981*, Stuttgart 1981, S. 332f.

26 Interview Eugen Gerstenmaiers in: *Der Neubürger. Mitteilungen für Heimatvertriebene*, 4. Jg., Nr. 9 v. September 1950.

27 Rede Gerstenmaiers vor dem Deutschen Bundestag vom 15. November 1949, BT, Sten. Ber. 1. WP, S. 411.

Gerstenmaiers außenpolitische Vorstellungen waren zu Beginn der fünfziger Jahre deckungsgleich mit der Politik Adenauers. Die Bundesregierung strebte eine rasche und vollständige Einbindung Deutschlands in den Westen an und hoffte, damit die militärische Sicherheit sowie die internationale Gleichberechtigung des Landes zu erreichen. Wie der Bundeskanzler so hielt Gerstenmaier eine deutsche Wiedervereinigung nur im europäischen Rahmen und mit der vollen »*Unterstützung der westlichen Gemeinschaft*«²⁸ für möglich. Diese Überzeugung artikuliert er auch in seiner Eigenschaft als Mitglied des Europarats von 1950 bis 1954.²⁹ Im August 1950 sprach er als erster Deutscher vor dem Straßburger Gremium. In seiner auf deutsch gehaltenen Rede – ein weiteres Novum im Kreis des Europarats – bekundete Gerstenmaier die deutsche Bereitschaft zur Beteiligung an einem europäischen Verteidigungskonzept.³⁰ Er vertrat diese Überzeugung in einer Zeit, in der sich die Bevölkerung nach den überwundenen Schrecken des Krieges zu einem großen Teil gegen eine Wiederbewaffnung aussprach. Das Echo auf seine Ausführungen in Deutschland war geteilt. Während ihm vor allem von Vertretern der evangelischen Kirche heftige Kritik entgegenschlug, gab es in den Medien auch durchaus positive Reaktionen. Seine entschiedene Ansprache nahmen zumindest die nicht-oppositionellen bundesdeutschen Blätter zum Anlass, den CDU-Abgeordneten nicht mehr nur als Leiter des Evangelischen Hilfswerks und Fachmann für Flüchtlingsfragen wahrzunehmen, sondern ihn als einen der Aktivposten deutscher Außenpolitik herauszustellen.³¹

Zum außenpolitischen Kurs Adenauers sah Gerstenmaier zu diesem Zeitpunkt prinzipiell keine Alternative,³² und er bekämpfte leidenschaftlich alle Ansätze einer Neutralitätspolitik.³³ Die Ansichten der Kritiker der Westintegration und Wiederbewaffnung stufte er geradezu als gefährlich ein. Er bezeichnete die Hoffnung, durch die Abkehr vom Kurs der Westbindung einen

28 Rede Gerstenmaiers auf dem 5. Bundesparteitag der CDU in Köln am 29. Mai 1954, gedr. in: CDU, 5. Bundesparteitag, Bonn 1954, S. 48–56, hier S. 53.

29 Eugen Gerstenmaier war einer von 18 Vertretern, die die Bundesrepublik Deutschland im Straßburger Gremium, dem ersten europäischen Parlament, repräsentierten.

30 Rede Gerstenmaiers vor dem Europarat am 9. August 1950. Die Kernpassage seines Redebeitrages, die im offiziellen Sitzungsprotokoll ins Englische übersetzt worden war, lautete: »We shall not expect others to defend us without being ourselves ready to take part in this defence on a footing of equality and justice.« Council of Europe Consultative Assembly. Second Session, 7.–28. August 1950. Reports, Part I, Straßburg 1950, S. 73.

31 Vgl. *Rheinische Post* vom 14. August 1950 sowie *Die Zeit* vom 17. August 1950.

32 In einem Brief an Gerhard Ritter vom 29. März 1952 erklärte Gerstenmaier, dass er Adenauers Außenpolitik immer »energisch und entschlossen« vertreten habe; BA, N 1166/339.

33 In einer Besprechung von CDU-Politikern mit dem Bundeskanzler bekräftigte Gerstenmaier, dass seitens der Christdemokraten gegen die Neutralisierungsthese Stellung genommen werden müsse. Otto LENZ: *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953*, bearb. v. Klaus Gotto u. a. (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 11), Düsseldorf 1989, S. 128, Eintrag vom 11. August 1951.

Friedensvertrag sowie ein geeintes Deutschland erreichen zu können, als frommen Wunsch ohne jegliche Aussicht auf Erfolg.³⁴ Der CDU-Politiker war der festen Überzeugung, dass nur durch ein militärisches Gleichgewicht sowjetische Zugeständnisse und damit mittelfristig eine Vereinigung beider Teile Deutschlands erzielt werden könnten. Aufgrund dieses Votums für eine Politik der Stärke war es für ihn nur konsequent, die bundesdeutsche Wiederbewaffnung als Mittel zur Stabilisierung des Friedens in Europa zu charakterisieren und sie als zwingend notwendig zur Verhütung eines von Moskau gesteuerten militärischen Angriffs auf die Bundesrepublik zu bezeichnen.

Im Zuge der Befürwortung des außenpolitischen Regierungskurses avancierte Gerstenmaier in der Auseinandersetzung um den Deutschland- und EVG-Vertrag³⁵ auch zu einer wichtigen Stütze des Kanzlers.³⁶ Bedeutende inhaltliche Diskrepanzen zwischen seinen Ansichten und den von Adenauer ausgehandelten Vertragstexten gab es nicht. So zählte der Abgeordnete aus Backnang beispielsweise nicht zu den fraktionsinternen Kritikern der Bindungsklausel,³⁷ sondern er verteidigte auch innerhalb der eigenen Reihen den Kurs des Bundeskanzlers. Diese loyale Haltung zur Regierungspolitik und seine unumschränkte Zustimmung zum eingeschlagenen Kurs der Westintegra-

34 Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Gustav Heinemann vom 15. Januar 1952, BA, N 1166/339.

35 Zur Diskussion über dieses Vertragswerk vgl.: Karl DOEHRING, *Deutschlandvertrag, westliches Bündnis und Wiedervereinigung*, Berlin 1985; Lutz KÖLLNER, *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956*, Bd. 2: *Die EVG-Phase*, München 2001.

36 Eugen Gerstenmaier zählte zu einem kleinen Kreis von Abgeordneten aus der Koalition, denen die Vertragstexte unter Wahrung höchster Vertraulichkeit frühzeitig mitgeteilt wurden. Vgl. Kurt Georg KIESINGER, *Dunkle und helle Jahre: Erinnerungen 1904–1958*, Stuttgart 1989, S. 428f.

37 Zum Wortlaut des umstrittenen Artikels 7 Abs. 3 vgl.: *Die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1963*, hg. v. Auswärtigen Amt, Köln 1999, S. 197. Bis zum Einlenken Adenauers war der Protest gegen die Bindungsklausel vor allem von Kaiser und Brentano sowie von Blücher und Dehler vorgebracht worden. Die Streichung von Artikel 7 des Deutschlandvertrages wurde aufgrund der massiven Einwände letztlich beschlossen, obwohl die Mehrheit im Kabinett ursprünglich für die Beibehaltung der Klausel votiert hatte. Vgl. Daniel KOSTHORST, *Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 26), Düsseldorf 1993, S. 27. Gerstenmaier hatte sich auf der Kabinettsitzung vom 20. Mai 1952 gemeinsam mit den Fraktionskollegen Fritz Schäffer, Robert Lehr und Ludwig Erhard sowie Hans-Christoph Seebohm und Hans-Joachim von Merkatz (beide DP) für die Beibehaltung von Artikel 7, 3 ausgesprochen. Vgl. *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung*, Bd. 5 (1952), bearb. v. Kai von JENA, Boppard 1989, S. 348. Einziger Kritikpunkt Gerstenmaiers war die Formulierung von Artikel 5 des Deutschlandvertrages, da er für den Fall eines Notstandes befürchtete, das souveräne Land könne wieder in den Status eines »politischen Objekts« zurückfallen. Gerstenmaier in der Kabinettsitzung vom 10. Mai 1952, O. LENZ (wie Anm. 33), S. 319.

tion sowie in der Remilitarisierungsdebatte steigerten die Wertschätzung, die Gerstenmaier in dieser Phase bei Konrad Adenauer genoss.

In der Nachfolge Hermann Ehlers

Auf diesen zuverlässigen Gefolgsmann fiel daher folgerichtig die Wahl des Regierungschefs, als im November 1954, nach dem unerwarteten Tod von Hermann Ehlers, die Neubesetzung des Amtes des Bundestagspräsidenten anstand. In der drängenden Frage der Nachfolge schien Konrad Adenauer von Anfang an Eugen Gerstenmaier als seinen Wunschkandidaten im Auge gehabt zu haben.³⁸ Der zu diesem Zeitpunkt 48-Jährige vereinte in seiner Person vor allem zwei Vorzüge, die dem Kanzler bei der Besetzung des zweithöchsten Staatsamtes wichtig waren: Er hatte im Verlauf seiner rund fünfjährigen Parlamentszugehörigkeit das Vertrauen Adenauers durch die Unterstützung der Regierungspolitik gewonnen. Ferner war mit der Wahl des Protestanten Gerstenmaier der von der Union angestrebte Konfessionsproporz gewahrt. Dennoch war der Vorschlag des Bundeskanzlers, Gerstenmaier zum Nachfolger von Hermann Ehlers zu küren, in den eigenen Reihen umstritten. Doch Adenauer vermochte den Widerstand der Unionsfraktion, die zunächst Ernst Lemmer favorisiert hatte, zu brechen.³⁹ Ferner gelang es ihm, den zögernden Gerstenmaier von der Notwendigkeit seiner Kandidatur zu überzeugen.

Aber auch die Opposition wehrte sich gegen den Wahlvorschlag, da der streitbare Abgeordnete zu diesem Zeitpunkt als »hundertfünfzigprozentiger Adenauer-Mann«⁴⁰ galt. Gerstenmaier zeigte durchaus Verständnis für die Vorbehalte der SPD und räumte später selbst ein, dass er nicht zuletzt aufgrund seiner Haltung in der Saarfrage sowie seines Eintretens für einen deutschen Verteidigungsbeitrag als »Parteiläufer«⁴¹ des Bundeskanzlers gegolten habe. Die Zweifel der Opposition, ob der CDU-Politiker zu einer objektiven Amtsführung in der Lage sei, waren durchaus nachvollziehbar. Gerstenmaier repräsentierte einen neuen Typ des Parlamentspräsidenten. Im Unterschied zu

38 Ein erstes Gespräch über die Nachfolge fand bereits unmittelbar nach der Bestattung Ehlers' während der Rückreise im Zug von Oldenburg nach Bonn zwischen Adenauer, Kiesinger, Brentano, Globke, Blankenhorn und Gerstenmaier statt. Bereits zu diesem Zeitpunkt kristallisierte sich heraus, dass letzterer nach dem Willen Konrad Adenauers neuer Bundestagspräsident werden sollte. Vgl. Hans VON HERWARTH, *Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen*, Berlin 1990, S. 160.

39 Lemmer berichtet in seinen Erinnerungen, dass Adenauer sich »mit seiner ganzen Autorität« gegen eine Kandidatur Lemmers ausgesprochen habe und mit »gewohnter Gründlichkeit und Rücksichtslosigkeit« gegen das Votum der Fraktion vorgegangen sei. Ernst LEMMER, *Manches war doch anders*, Frankfurt/M. 1968, S. 347.

40 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2: *Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1994, S. 15.

41 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 356.

dem im Amt überforderten Erich Köhler⁴² und dem evangelischen »*Kulturkämpfer*«⁴³ Ehlers war mit Gerstenmaier ein ausgewiesener Parteipolitiker als Kandidat aufgestellt worden, dessen prononcierte Äußerungen zu Kernthemen deutscher Politik Widerspruch herausforderten.

Der Widerstand in der Union und bei der parlamentarischen Opposition gegen Gerstenmaier wurde bei der Wahl des Bundestagspräsidenten am 16. November 1954 deutlich. Drei Wahlgänge waren notwendig, um den Nachfolger von Hermann Ehlers zu küren. Ein beträchtlicher Teil der Unionsabgeordneten hatte ihrem Parteifreund selbst im zweiten und dritten Wahlgang die Unterstützung verweigert,⁴⁴ ein Umstand, der Gerstenmaier besonders verletzte. Trotz der unrühmlichen Begleitumstände seiner Wahl schlug der »*Präsident durch Kaiserschnitt*«⁴⁵ in seiner Antrittsrede versöhnliche Töne an, indem er auf die zur Arbeit im Parlament notwendige Toleranz im Umgang miteinander hinwies.

Schon in seiner Antrittsrede waren die Eckpunkte seiner Amtsführung deutlich angeklungen: Er betonte nachdrücklich die essentielle Rolle des Bundestags als Stütze des demokratischen Rechtsstaats.⁴⁶ Dahinter stand sein Wunsch, die parlamentarische Auseinandersetzung von ihrem negativen Image als vermeintlich unproduktives Parteieingezänk zu befreien. Ihm war ferner daran gelegen, all jene Kritiker eines Besseren zu belehren, die Zweifel hegten, ob der kämpferische CDU-Politiker und Adenauer-Vertraute in der Lage sein würde, sein Amt unparteiisch auszuüben. Das Bestreben des neuen Bundestagspräsidenten, den Respekt zu gewinnen, den sein Vorgänger genossen hatte,⁴⁷ war unverkennbar. Gerstenmaier gelang es indes rasch, die Vor-

42 Erich Köhler (CDU) legte sein Amt nach nur rund 13 Monaten am 18. Oktober 1950 nieder. Die SPD-Fraktion hatte die offenkundige Überforderung des Bundestagspräsidenten mit einem Antrag vom 16. März 1950 zum Ausdruck gebracht, in der Köhler ersucht wurde, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Diese Vorlage wurde allerdings nicht zur Abstimmung zugelassen, da sie von der Mehrheit der Parlamentarier als rechtlich nicht haltbar erachtet worden war. Vgl. Karl-Heinz KLEINSCHNITTGER, *Die rechtliche Stellung des Bundestagspräsidenten*, Münster 1962, S. 27f.

43 Meier subsumiert mit dieser Bezeichnung den Ehlers gemachten Vorwurf, er sei ein Verfechter des militanten Protestantismus gewesen. Andreas MEIER, *Hermann Ehlers. Ein Leben in Kirche und Politik*, Bonn 1991, S. 359.

44 Nur mit einer hauchdünnen Mehrheit von 14 Stimmen vermochte sich Gerstenmaier gegen Lemmer, den Mitbewerber aus der eigenen Partei, durchzusetzen, obwohl sich die Regierung auf eine Zweidrittelmehrheit im Parlament stützen konnte. Gerstenmaier wurde mit 204 gegen 190 Stimmen bei 15 Enthaltungen zum Bundestagspräsidenten gewählt. BT, Sten. Ber. 2. WP, 55. Sitzung v. 16. November 1954, S. 2698.

45 So die von FDP-Politiker Pfleiderer gewählte Bezeichnung für den neu gewählten Parlamentspräsidenten. *National-Zeitung*, Basel, vom 17. November 1954.

46 BT, Sten. Ber. 2. WP, 55. Sitzung, S. 2698f.

47 Ehlers war 1953 mit 93,2 % der Stimmen als Parlamentspräsident wiedergewählt worden; *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999*, bearb. v. Peter SCHINDLER, CD-ROM, Bonn 2000, S. 869.

behalte gegen ihn auszuräumen,⁴⁸ wie die hohen Zustimmungsraten durch die Opposition bei seinen drei Wiederwahlen zwischen 1957 und 1965 belegen.⁴⁹

Gerstenmaiers Bemühungen im neuen Amt waren durch sein Parlamentarismusverständnis getragen. Vor allem unterstrich er die Bedeutung von Artikel 38 des Grundgesetzes⁵⁰ als »Polarstern des freiheitlichen Parlamentarismus«⁵¹. Es war ihm wichtig, sich für die Rechte der Parlamentarier einzusetzen. Seinen Ansatz, eine Stärkung des Parlaments zulasten der Exekutive zu erreichen,⁵² vermochte er allerdings wegen des Widerstands seitens der Regierung nur in Ansätzen zu realisieren. Ein weiteres Anliegen Gerstenmaiers war die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Abgeordneten, um ein modernes, effizienter arbeitendes Parlament sicherzustellen. Ausdruck fand sein diesbezügliches Bestreben vor allem in seinen langjährigen Bemühungen um den schließlich 1966 begonnenen Bau eines Abgeordnetenhochhauses, des im Volksmund als »Langer Eugen« bezeichneten Gebäudes. Ebenso setzte sich der Bundestagspräsident für eine Belebung der Debatten im »Hohen Haus« ein. Doch scheiterte er mit seinem Wunsch, der Bundestag möge sich vermehrt am Debattierstil des britischen Unterhauses orientieren, an dem quer durch alle Fraktionen gehenden Widerstand.⁵³ Er bemühte sich deshalb – beispielsweise durch die Einführung der Aktuellen Stunde – den Sitzungsverlauf zu modifizieren; eine einschneidende Parlamentsreform vermochte er allerdings nicht auf den Weg zu bringen.

48 Carlo Schmid merkte zur Amtsführung von Gerstenmaier an: »Eugen Gerstenmaier wurde ein guter Präsident des deutschen Parlaments, der es auch politisch Andersdenkenden gegenüber nie an Loyalität fehlen ließ, sie vielleicht sogar – aus Furcht, sich von seinen Neigungen treiben zu lassen – in Zweifelsfällen eher begünstigte.« Carlo SCHMID, *Erinnerungen*, 2. Aufl. Bern 1980, S. 562.

49 Gerstenmaier wurde bei den Wiederwahlen zwischen 1957, 1961 und 1965 mit 88,5 %, 91,9 % und 75,8 % der abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt; *Datenhandbuch 1949–1999* (wie Anm. 47), S. 869.

50 Art. 38,1 GG bestimmt, dass die Bundestagsabgeordneten als Vertreter des ganzen Volkes an »Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen« sind.

51 E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 369.

52 Da es nicht in der Macht des Präsidenten der Volksvertretung lag, die Regierung zu einer intensiveren Einbindung der Abgeordneten zu bewegen, versuchte Gerstenmaier zumindest die Unterrichtung der Parlamentarier zu verbessern. Auf seine Anregung hin erfolgte deshalb die Neugestaltung der Fragestunde Ende Juni 1960 sowie die Einrichtung einer »Aktuellen Stunde« im Januar 1965, um den Informationsfluss zwischen Kabinett und Parlamentariern zu verbessern. Vgl. Hans TROSSMANN, *Parlamentsrecht und Praxis des Deutschen Bundestages. Kommentar*, Bonn 1967, S. 12f., 113.

53 Gerstenmaier versuchte eine zeitnähere Auseinandersetzung mit den anstehenden Problemen und damit eine aktuellere politische Debatte im Bundestag durch einen flexibleren Ablauf der Sitzungen zu erzielen. Tagespolitische Themen sollten in einer zeitlich begrenzten Debatte im Plenum ohne den Terminzwang einer Großen Anfrage oder einer Fragestunde behandelt werden können. Vorschlag Gerstenmaiers an die Fraktionsvorsitzenden vom 16. Oktober 1964, AsD, NL Carlo Schmid, Mappe 1316.

Erfolgreich war der CDU-Politiker im Verlauf seiner rund 14-jährigen Amtszeit hingegen bei der parlamentarischen Selbstdarstellung. Sein Anliegen, den Sitzungen einen »würdevollen Stil«⁵⁴ zu verleihen, ging jedoch über einen reinen Selbstzweck hinaus. Vielmehr wurde hierdurch das neu gewonnene Selbstbewusstsein der in der Rechtsstaatlichkeit verankerten jungen Bundesrepublik dokumentiert, die sich zunehmend an den großen europäischen Demokratien Frankreich oder Großbritannien orientierte. Sowohl die von Gerstenmaier angeregten Modalitäten des Einzugs des Präsidenten in den Plenarsaal, der durch ein akustisches Zeichen angekündigt wurde, als auch das Erheben der Abgeordneten bis zur offiziellen Eröffnung der Sitzung fanden die Zustimmung der Volksvertreter jeglicher Couleur.⁵⁵

Ein Kernpunkt der Amtszeit Gerstenmaiers jenseits der Regelung des parlamentarischen Miteinanders war sein stetes Eintreten für die deutsche Einheit. Deutlich wurde dieses Engagement vor allem durch seine Entscheidung, verstärkt Bundestags- bzw. Ausschusssitzungen in Berlin anzuberaumen. Unter keinem anderen Bundestagspräsidenten bis zur Vereinigung 1990 zeigte die deutsche Volksvertretung mehr »*demonstrative Bundespräsenz*«⁵⁶ in der ehemaligen Reichshauptstadt als unter Eugen Gerstenmaier. Er hoffte so das Wiedervereinigungsgebot und Berlins Rolle als Hauptstadt Deutschlands zu betonen. Beharrlich ließ er sich in diesem Ansinnen weder von sowjetischen noch von Ostberliner Drohgebärden abhalten.⁵⁷

Von den Eckwerten seines eigenen politischen Koordinatensystems wich Eugen Gerstenmaier auch als Repräsentant des Bundestags im Ausland nicht ab. Die diplomatischen Bemühungen außerhalb der deutschen Grenzen waren dem Parlamentspräsidenten besonders wichtig, gaben sie ihm doch die Möglichkeit, auf außenpolitischem Sektor aktiv zu werden. Denn trotz seines von Amts wegen beschränkten Aktionsradius vermochte er es, bei Auslandsreisen persönliche Akzente zu setzen. Die von ihm vor seiner politischen Arbeit gesammelten Erfahrungen als Kirchenmann, Mitglied des Kreisauer Kreises und Leiter des Hilfswerks machten den CDU-Politiker im Ausland zu einem ge-

54 Gerstenmaier erläutert in seinen Memoiren, dass der Anstoß zur Änderung des Sitzungsablaufs von Thomas Dehler ausgegangen sei; E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 366.

55 Protokoll der 46. Ältestenratssitzung vom 19. Januar und der 49. Ältestenratssitzung vom 26. Januar 1955; Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags, Bestand Ältestenratsprotokolle, unverzeichnet.

56 *Datenhandbuch* (wie Anm. 47), S. 1499. Allein in der 5. Legislaturperiode wurden insgesamt 634 Sitzungen in Berlin abgehalten. Darunter fielen sowohl Plenarsitzungen als auch Zusammenkünfte von Ältestenrat, Präsidium und Fraktionen und in besonderem Maße Ausschusssitzungen; EBD. S. 1500.

57 Vgl. Franz MÖLLER, *Eugen Gerstenmaier und die Bundesversammlung in Berlin 1969*, in: HPM 9 (2002), S. 95–126

schätzten Gast.⁵⁸ Vor allem im Hinblick auf das besondere Verhältnis der Bundesrepublik zum jungen Staat Israel erleichterte die Vita des Bundestagspräsidenten die ersten Schritte auf dem dünnen diplomatischen Eis. Aber auch bei Staatsbesuchen in Ländern, die unter der nationalsozialistischen Besatzung im zweiten Weltkrieg gelitten hatten, vermochte Gerstenmaier es, Vorbehalte abzubauen und glaubhaft die deutsche Wandlung zur demokratischen Rechtsstaatlichkeit zu verkörpern.

Der CDU-Politiker Gerstenmaier

Im Unterschied zu seiner Tätigkeit als Parlamentspräsident war Gerstenmaiers parteipolitisches Wirken wenig erfolgreich. Das Verhältnis zu seiner Partei war seit seiner Amtsübernahme im November 1954 von Spannungen und Konflikten gekennzeichnet. War er in der ersten Legislaturperiode als Bundestagsabgeordneter vor allem in außenpolitischen Debatten kämpferisch für die Union aufgetreten und hatte mit harschen Worten an die Adresse der Opposition nicht geizt, nahm er als Parlamentspräsident die überparteiliche Ausübung seines Amtes sehr ernst und distanzierte sich dadurch von seinen Fraktionskollegen. Im Laufe seiner Amtszeit galt Gerstenmaier in den eigenen Reihen zunehmend als unsicherer Kantonist, dem es schwer fiel, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen. Er repräsentierte den Typus des unabhängigen Parlamentariers, der sich seiner Partei zwar loyal verbunden fühlte, zugleich aber unter Berufung auf § 38 des Grundgesetzes bei wichtigen Fragen auf sein autonomes Entscheidungsrecht pochte. Auch war im gesamten Verlauf seiner parlamentarischen Tätigkeit stets eine Distanz zur Politik spürbar. Besonders deutlich wurde dies durch sein Beharren auf dem formalen Fortbestand seines kirchlichen Arbeitsverhältnisses bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 1969. Sein eigenwilliger Charakter trug des Weiteren dazu bei, die Kluft zu seinen politischen Freunden zu vertiefen.

Auch die Gerstenmaier zuerkannte Rolle des »*Parteitheoretikers*« und »*Chefideologen*«⁵⁹ festigte eher seine Außenseiterposition. Denn obwohl er sich weiterhin als Parteipolitiker mit dem politischen Gegner auseinander setzte, lehnte er selbst in Wahlkampfzeiten schablonenartiges Denken ab. Ihm war

58 Noch Anfang der sechziger Jahre wurde bei der Berichterstattung seiner Auslandsreisen Gerstenmaiers Zugehörigkeit zum Widerstand unterstrichen, z. B. bei seinem offiziellen Besuch in Dänemark 1963; Bericht der deutschen Botschaft in Kopenhagen über die vom 18. bis 20. März dauernde Visite Gerstenmaiers an das AA v. 21. März 1963, ACDP 01-210-019/1.

59 *Die Welt* vom 20. September 1957. – Heinrich Krone in der Sitzung am 6. April 1961, Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen«. *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands, 1957–1961*, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 24), Düsseldorf 1994, S. 897.

es vielmehr ein Anliegen, eine zeitgemäße, programmatische Weiterentwicklung der CDU sicherzustellen. Sein Wunsch nach Differenzierung fiel hingegen bei der CDU-Führungsspitze kaum auf fruchtbaren Boden. Der von Gerstenmaier verfochtene Ansatz, in großen, über die Tagespolitik hinausgehenden Linien zu denken, fand kaum Zustimmung in seiner Partei.

Das gespannte Verhältnis zu seinen Fraktionskollegen führte in letzter Konsequenz dazu, dass die evidenten Ambitionen Gerstenmaiers, als Kabinettsmitglied – vorzugsweise an der Spitze des Auswärtigen Amtes – aktiv in die Tagespolitik eingreifen zu können, zum Scheitern verurteilt waren. Zwar wurde er nach 1954 als potentieller Kandidat für eine Reihe einflussreicher politischer Ämter in der Öffentlichkeit gehandelt, doch fehlte ihm zur tatsächlichen Berufung der notwendige Rückhalt in der Union. Negativ gewertet wurde in den eigenen Reihen vor allem, dass der von den Grenzen seines Amtes zunehmend frustrierte Gerstenmaier mit eigenständigen Vorstößen auf außenpolitischem Feld auf sich aufmerksam machte. In der Tat suchte er bei seinen Initiativen zu wenig die Abstimmung mit seiner Fraktion. So stießen beispielsweise seine ost- und deutschlandpolitischen Konzeptionen, die eine flexiblere Ostpolitik – ohne sich dem Hegemonieanspruch der Sowjetunion zu beugen – vorsahen, auf heftigen Widerstand im Regierungslager. Seine Wandlung vom unkritischen Interpreten der Politik Adenauers zum selbstbewusst agierenden Bundestagspräsidenten, der sich in wichtigen politischen Fragen, wie etwa den Modalitäten eines Friedensvertrags, das Recht zur Einmischung nahm, kostete ihn in wachsendem Maße die Unterstützung der eigenen Partei. Gerstenmaiers cholerisches Temperament und seine Entschlossenheit, seiner Meinung auch gegen die Parteiräson Ausdruck zu verleihen, taten ihr Übriges, um seine Position zu schwächen.

Die Außenseiterrolle in der Unionsfraktion war letztlich dafür ausschlaggebend, dass Gerstenmaier der Sprung in eine Regierungsposition nicht gelang. Die Haltung der Bundestagsfraktion in Personalfragen war auch deshalb so entscheidend, da er in seiner Landespartei über wenig Rückhalt verfügte und den starken baden-württembergischen Verband nicht als Hausmacht nutzen konnte. Der politische Seiteneinsteiger hatte es versäumt, sich in seiner schwäbischen Heimat eine loyale Basis aufzubauen. Die Landespolitik war eindeutig nicht das Metier des Kirchheimers. Die Distanz zur CDU-Führungsspitze Baden-Württembergs ergab sich aus der Tatsache, dass Gerstenmaier als Abgeordneter der Bundespolitik eindeutig Priorität in seinem Wirken einräumte.⁶⁰ Er hatte es nicht vermocht, sich die Probleme seines bäuerlich ge-

60 Gerstenmaier hatte sich in deutlicher Form zum Stellenwert der Wahlkreisarbeit geäußert. Er war sogar der Auffassung, dass es mandatswidrig sei, wenn Bundestagsabgeordnete zu sehr von ihren Verpflichtungen auf Kreis- und Ortsparteiebene in Anspruch genommen würden. Vgl. Wortprotokoll der Sitzung des Arbeitskreises I (Grundsatzfragen – Fragen

prägten Wahlkreises zu Eigen zu machen und er blieb aufgrund seiner Konzentration auf die Bonner Politik der Mehrheit der nordwürttembergischen CDU fremd. Die guten Wahlergebnisse, die er dennoch ab Mitte der fünfziger Jahre für die CDU in Nordwürttemberg erzielen konnte, waren vor allem auf sein Renommee als stellvertretender Parteivorsitzender und amtierender Bundestagspräsident zurückzuführen. Mit dem Verlust dieser Positionen nach seiner Amtsniederlegung im Januar 1969 wurde aber schnell deutlich, wie oberflächlich die Unterstützung für ihn in seiner Heimat wirklich war.⁶¹

Seine Position innerhalb der Union war vor diesem Hintergrund stark von den CDU-Führungspersonlichkeiten auf Bundesebene abhängig. Der Rückhalt, den er bei seinen Parteifreunden genoss, stand und fiel mit der Durchsetzungskraft seiner Fürsprecher. Es bestand jedoch die Gefahr, das Wohlwollen dieser Personen durch Kritik an deren politischem Kurs zu verlieren und damit seine Stellung in Fraktion und Partei zu gefährden. Deutlich wurde diese Gratwanderung in Gerstenmaiers Verhältnis zu Konrad Adenauer. Die Beziehung, die vor November 1954 vonseiten des Abgeordneten aus Kirchheim durch eine weitgehend unkritische Unterstützung des Kanzlers geprägt war, begann sich nach seinem Wechsel auf den Stuhl des Parlamentspräsidenten zu verändern. Der einst loyale Gefolgsmann Adenauers entwickelte sich in der Folgezeit zu einem kritischen Wegbegleiter, der vor eigenständigen, auch im Gegensatz zur offiziellen Kabinettslinie stehenden politischen Meinungsäußerungen nicht zurückschreckte. Gerstenmaiers wachsender Anspruch, Adenauer auf gleicher Augenhöhe gegenüberzutreten zu wollen, veränderte das Verhältnis beider zueinander.

Bereits 1958 hatte es zwischen Adenauer und Gerstenmaier in Fragen der Außenpolitik ernsthafte Auseinandersetzungen gegeben, da letzterer den Bundeskanzler gedrängt hatte, einen flexibleren Entspannungskurs zu verfolgen.⁶² Darüber hinaus wurde das einstmals gute Verhältnis 1959 durch die Entscheidung des Bundestagspräsidenten belastet, kurz nach Ablauf des sowjetischen Berlin-Ultimeatums die Bundesversammlung trotz lebhafter Proteste der Regierung nach Berlin einzuberufen. Auch in der »Präsidentenkrise« fand Gerstenmaier deutliche Worte. Als einer von wenigen innerhalb der Union hatte er den Mut gehabt, eine Kandidatur Adenauers für das Amt des Bundespräsidenten offen zu unterstützen, da er hierin die Chance eines ehrenhaften Ab-

der Parteiarbeit) des 12. Bundesparteitags der CDU in Hannover vom 15. März 1964, S. 124; ACDP 07-004-400/5.

61 Zur Kritik, die Gerstenmaier innerhalb der örtlichen CDU in seinem Wahlkreis entgegenschlug siehe u. a.: *Der Teckbote* vom 24. Januar 1969.

62 Zur Konfrontation zwischen Gerstenmaier und Adenauer im CDU/CSU-Fraktionsvorstand sowie im CDU-Bundesvorstand siehe H.-P. SCHWARZ, *Adenauer 2* (wie Anm. 40), S. 374f.

gangs für den Kanzler sah, dessen Rückzug von der Regierungsbank er für unausweichlich hielt.⁶³

Zu einer besonders heftigen Konfrontation zwischen Adenauer und Gerstenmaier kam es 1961. Der Bundestagspräsident hatte seine Ansprache zum Schluss der dritten Legislaturperiode des Bundestages am 30. Juni dazu genutzt, dem Plenum seine Vorschläge für einen Friedensplan mit den Alliierten zu erläutern. Er trat für Verhandlungen über den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands sowie die Einigung in der Grenzfrage auch ohne vorherige Konsultationen zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ein.⁶⁴ Damit sprach er sich gegen den von der Bundesregierung als unumstößlich angesehenen Grundsatz aus, dass freie Wahlen die unabdingbare Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen darstellten. Gerstenmaier ernstete für diese Erklärung Anerkennung und Unterstützung von der Opposition, doch wurde er aus den eigenen Reihen scharf kritisiert. Besonders Außenminister Heinrich von Brentano sowie Bundeskanzler Adenauer beharrten auf der Haltung der Bundesregierung und zwangen Gerstenmaier in der Folgezeit zum partiellen Einlenken.⁶⁵

Die anfängliche Wertschätzung Adenauers schlug aufgrund der politischen Differenzen zunehmend in Misstrauen um.⁶⁶ Verstärkt wurde der Vertrauensverlust noch durch die positive Resonanz, die vor allem die deutschlandpolitischen Vorstellungen Gerstenmaiers bei der Opposition hervorriefen. Die Tatsache, dass der Bundestagspräsident die von Adenauer verfochtene harte Konfrontationslinie gegenüber den Sozialdemokraten in der Frage der Außenpolitik nicht mehr konsequent mittrug, ließ in der Union sogar Gerüchte laut werden, die dem politisch ambitionierten Gerstenmaier die Vorbereitung einer großen Koalition unterstellten.

Konrad Adenauer reagierte auf diesen Wandel, indem er dem Mann aus Kirchheim seine Hilfe bei anstehenden Personalentscheidungen entzog. Die Unterstützung, die er Gerstenmaier bei dessen Kandidatur um das Amt des

63 Daniel KOERFER, *Der Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987, S. 280–282.

64 Die Rede des Bundestagspräsidenten gipfelte in der Forderung, dass ein Friedensvertrag Klarheit zu schaffen habe, über 1. den militärischen und politischen Status Gesamtdeutschlands, 2. die Reichsgrenzen und 3. es unerlässlich sei, das Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprechend der Charta der Vereinten Nationen zu garantieren. BT, Sten. Ber. 3. WP, 166. Sitzung, S. 9762–9766.

65 In einer Erklärung des CDU-Vorstandes wurde die Position Gerstenmaiers und seine »zu weitgehende Interpretation« der außenpolitischen Konzeption der Bundesrepublik »korrigiert«; *Süddeutsche Zeitung* vom 12. Juli 1961.

66 Besonders argwöhnisch beobachtete Adenauer die Initiativen Gerstenmaiers in der Deutschlandpolitik, wobei er unterstellte, dass Gerstenmaier »aus Geltungsbedürfnis« für einen von der offiziellen Regierungspolitik abweichenden Kurs eintrat. Zitiert nach: Michael LEMKE, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963*, Berlin 1995, S. 245.

Bundestagspräsidenten im November 1954 gewährt hatte, versagte er ihm nun. Adenauer machte keinen Hehl daraus, dass er Gerstenmaier nicht für geeignet hielt, eine politische Schlüsselposition zu bekleiden.⁶⁷ Eine aussichtssreiche Chance, seinen politischen Ehrgeiz zu verwirklichen und als Kabinettsmitglied in das tagespolitische Geschehen eingreifen zu können, bot sich Eugen Gerstenmaier deshalb erst nach dem Rückzug Adenauers vom Amt des Regierungschefs. 1963 wurde er als potentielles Kabinettsmitglied gehandelt. Doch sein Herzenswunsch, das Amt des Bundestagspräsidenten gegen das des Außenministers unter Kanzler Ludwig Erhard einzutauschen, erfüllte sich nicht. Zwar hatte er Erhard bereits frühzeitig seine Unterstützung zugesichert,⁶⁸ doch entschied sich der neue Regierungschef, den bereits unter Adenauer amtierenden Außenminister Gerhard Schröder zu berufen. Die politischen Ambitionen Gerstenmaiers hatten erneut einen Dämpfer erhalten, und das anfangs einvernehmliche Verhältnis mit Ludwig Erhard verschlechterte sich in der Folge vor allem durch seine außenpolitischen Alleingänge rapide.⁶⁹ Der Bruch zwischen Parlamentspräsident und Regierungschef war am Ende der Kanzlerschaft Erhards nicht mehr zu kitten.

Die letzte Chance, seinen politischen Ehrgeiz zu verwirklichen, bot sich im Sommer 1966, als sich der Sturz Erhards abzeichnete. Gerstenmaier wurde neben Rainer Barzel, Gerhard Schröder und Franz Josef Strauß sogar als Kanzlerkandidat gehandelt.⁷⁰ Doch scheiterte sein Wunsch, die Nachfolge Erhards

67 In der Diskussion um die Nachfolge von Theodor Heuss hielt Adenauer eine Kandidatur Gerstenmaiers als Bundestagspräsident für inopportun; vgl. Gespräch v. 28. Oktober 1958; *Adenauer – Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren*, bearb. v. Hans Peter MENSING, Rhöndorfer Ausgabe, Berlin 1997, S. 285. Auch nach seinem Rückzug aus dem Palais Schaumburg versagte Adenauer Gerstenmaier seine Hilfe. In der Diskussion um den künftigen Kanzler hatte ihm Adenauer 1965 die Fähigkeit abgesprochen, dieses Amt auszuüben, indem er ihn als »zu sprunghaft« bezeichnete; Notiz einer Besprechung zwischen Adenauer und Hans Berger vom 13. September 1965, ACDP 01-400-15/1.

68 Gerstenmaier fühlte sich im Herbst 1962 gegenüber Erhard »im Wort«. Im Nachhinein bezeichnete er diese Entscheidung als ehrbar, aber falsch. E. GERSTENMAIER (wie Anm. 5), S. 485.

69 Vor allem die Kritik am Frankreichkurs der Bundesregierung rief Unmut bei seinen Parteifreunden hervor. Besonders deutlich wurde der Gegenwind, der Gerstenmaier aus den eigenen Reihen entgegenblies, bei der Wahl des CDU-Präsidiums. Er musste bei der Wahl 1964 das zweitschlechteste Ergebnis aller Kandidaten hinnehmen; er hatte bei 482 abgegebenen Stimmen nur 383 Ja-Stimmen auf sich vereinigen können. Lediglich der intern umstrittene Bundesarbeitsminister Theodor Blank, der sich mit einem Gegenkandidaten auseinander zu setzen hatte, wies ein schlechteres Ergebnis auf. CDU (Hg.), 12. Bundesparteitag der CDU in Hannover, 14.–17. März 1964, Hamburg 1964, S. 498–502.

70 Nach Morsey blockierten sich die innerparteilichen Rivalen Barzel, Gerstenmaier, Schröder und Strauß in der Nachfolge Erhards gegenseitig. Kiesinger hingegen hatte die Unterstützung der CSU erhalten. Rudolf MORSEY, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, 3. Aufl. München 1995, S. 95.

an der Kabinetts Spitze anzutreten, am Widerstand der Unionsfraktion. Allerdings ergab sich für ihn nach dem Bruch des Regierungsbündnisses am 27. Oktober 1966 und der Bildung einer Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger noch die Möglichkeit, das Amt des Außenministers zu übernehmen; ein zwischen den schwäbischen Landsleuten geschlossenes »Gentlemen's-Agreement« schien Gerstenmaier das begehrte Außenministerium zu garantieren. Doch das vor Abschluss des Koalitionsvertrags mit der SPD vereinbarte Tauschgeschäft – Gerstenmaiers Unterstützung für den Kanzlerkandidaten Kiesinger im Tausch gegen seine Berufung an die Spitze des Auswärtigen Amtes – schlug fehl. Die Sozialdemokraten machten durch ihren Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner den Plan in letzter Minute zunichte, indem sie das Außenministerium für sich reklamierten. Damit hatte sich für Gerstenmaier die Tür ins Kabinett endgültig geschlossen. Trotz wachsender Frustration aufgrund des beschränkten politischen Handlungsspielraums blieb er im Amt des Bundestagspräsidenten.

Das abrupte Ende einer politischen Karriere

Die Auseinandersetzung um das von Gerstenmaier beantragte Wiedergutmachungsverfahren als Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft führte zum unrühmlichen Ende seines Wirkens in Bonn. Anlass seines Abtretens von der politischen Bühne war eine Entschädigungssumme in Höhe von rund 280.000 DM, die er 1968 für die ihm vom NS-Regime verwehrte Dozentur erhalten hatte. Die Rechtmäßigkeit dieser Zahlung wurde sowohl von rechtsextremen Kreisen⁷¹ als auch aus dem dezidiert linken politischen Spektrum angezweifelt. Massiv unterstützt wurde die sich hieraus entwickelnde Pressekampagne gegen ihn durch die DDR, die Gerstenmaier aufgrund seiner antikommunistischen Haltung bereits über Jahre hinweg als Gestapo-Spitzel und »*Steuermann des neonazistischen Bonner Kurses*«⁷² diffamiert hatte. In der von Studentenprotesten und Demonstrationen gegen die Notstandsgesetzgebung aufgeheizten Atmosphäre wurde die Berechtigung dieser Zahlung auch von weiten Teilen der Bevölkerung in Zweifel gezogen. Von seinen politischen

71 In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Anhängerschaft des ehemaligen Generals der Fallschirmjäger Bernhard Ramcke zu verweisen. Gegen Ramcke war Gerstenmaier 1961 rechtlich vorgegangen, weil dieser behauptet hatte, Gerstenmaier sei nicht im Widerstand aktiv gewesen, sondern er habe in Diensten der Nationalsozialisten gestanden. Auch die DDR-Propaganda in den sechziger Jahren griff diese Vorwürfe auf; Belege für diese Behauptung konnten die Kritiker Gerstenmaiers jedoch nicht präsentieren. Vgl. F. MÖLLER (wie Anm. 57).

72 So lautete eine Kapitelüberschrift aus der vom Nationalrat der Nationalen Front hg. Publikation »*Vom SD-Agenten P 38/546 zum Bundestagspräsidenten. Die Karriere des Eugen Gerstenmaier*«, Berlin-Ost 1969.

Freunden weitgehend im Stich gelassen, reagierte Gerstenmaier auf diese Vorwürfe unbeherrscht und aufbrausend.⁷³ Sein Verhalten ließ jegliche Besonnenheit vermissen und sorgte dafür, dass der kleine Kreis, der zu ihm stand, rasch verstummte. Obgleich die Rechtmäßigkeit der Wiedergutmachungszahlung mehrfach bestätigt wurde, galt der Bundestagspräsident politisch als nicht mehr tragbar. Er trat am 31. Januar 1969 von seinem Amt zurück, nachdem sich seine Partei von ihm distanziert hatte. Es sollte ein vollständiger Rückzug aus der aktiven Politik werden, denn sein Versuch, 1969 erneut für den Bundestag zu kandidieren, scheiterte am Widerstand in den eigenen Reihen.

Die Enttäuschung über das Verhalten seiner Parteifreunde überwand er nur sehr langsam. Erst nachdem Helmut Kohl ab 1976 als Fraktions- und Parteivorsitzender den Kurs der CDU bestimmte, ließ Gerstenmaier wieder Bereitschaft erkennen, sich öffentlich für seine Partei einzusetzen. Allerdings war dieses parteipolitische Engagement als »elder statesman« von nachgeordneter Bedeutung, wie seine Tätigkeit für den Ältestenrat der CDU, dessen Vorsitz er bis zu seinem Tod innehatte.⁷⁴ Gleichzeitig wirkte Gerstenmaier in der 1977 gegründeten, überparteilichen »Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestags« mit, deren erster Präsident er wurde.⁷⁵ Gerade diese Arbeit im Kreis der parlamentarischen Ruheständler nahm der »leidenschaftliche Demokrat«⁷⁶ ernst. Bis an sein Lebensende war es Gerstenmaier ein Anliegen, sich für die »Lebendigkeit und Kraft«⁷⁷ des Parlamentarismus in der Bundesrepublik einzusetzen. Mit seinem Engagement im Kreis der »Ehemaligen« bis zu seinem Tod 1986 schien sich für Gerstenmaier ein Kreis zu schließen: Er wurde an seinem Lebensende wieder »der Präsident«⁷⁸ – ein Amt, das er im Verlauf seines Politikerlebens nicht angestrebt hatte, mit dem er aber doch zeit lebens identifiziert wurde und das sein parlamentarisches Wirken geprägt hatte.

73 dpa-Meldung Nr. 122 vom 12. Januar 1969. Gerstenmaier hatte seine diesbezüglichen Äußerungen wenige Stunden später sogar noch mit den Worten präzisiert: »Wenn ich, wie so mancher Trommelbube Hitlers gewesen wäre, dann wäre ich 1938 Professor geworden, wäre 1945 vielleicht für kurze Zeit aus dem Verkehr gezogen worden, hätte sicher 131er Bezüge bekommen und schon bald wieder mein Ordinariat ausgeübt. So aber saß ich im Loch, während andere damals Hitler verherrlichten, die heute glauben, die Demokratie höre auf ihr Kommando.« dpa-Meldung Nr. 125 vom 12. Januar 1969.

74 Gerstenmaiers Engagement im Ältestenrat, der sich die Beratung der CDU-Parteispitze zur Aufgabe gemacht hatte, lässt sich nur mit wenigen Quellen belegen. Vgl. u. a. Schreiben Eugen Gerstenmaiers an Helmut Kohl vom 13. Juli 1979, ACDP 01-210-042/1.

75 Der Zusammenschluss der ehemaligen Bundestagsabgeordneten setzte es sich zum Ziel, der »parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu dienen«, § 2, 1 der Satzung der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e.V. v. 25. Mai 1977; ACDP 01-148-075/2.

76 Würdigung Eugen Gerstenmaiers durch Franz Josef Strauß, in: *Die Welt* vom 6. Juni 1981.

77 Ausführungen des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier zur Eröffnung der 3. Wahlperiode des Bundestags am 15. Oktober 1957, BT, Sten. Ber. 3. WP, S. 7.

78 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. März 1986.